

**Bemerkungen von Präsidentin Roberta Metsola auf der informellen Tagung des
Europäischen Rates
6. Oktober, Granada**

Vielen Dank und guten Morgen Ihnen allen.

Ich möchte mich heute auf eine Reihe wichtiger Herausforderungen konzentrieren, denen wir gegenüberstehen, und darauf, wie das Europäische Parlament zu ihrer Bewältigung beitragen kann.

Migration ist nach wie vor eines der dringlichsten Probleme in Europa. Bei jeder Wahl gehört sie zu den Punkten, die den europäischen Bürgerinnen und Bürgern die meisten Sorgen bereiten, und das in allen Mitgliedstaaten. Dennoch gelingt es uns seit Jahren nicht, bei der Bewältigung dieses Problems ausreichende Fortschritte zu erzielen. Jetzt sind wir an einem Punkt, an dem wir eine Möglichkeit haben, diese Blockade zu überwinden. Der auf dem Tisch liegende Vorschlag kann den Erwartungen der Menschen gerecht werden, ohne dass sie an den politischen Rand oder in Extrempositionen gedrängt werden. Ein Vorschlag, der unsere Grenzen schützt und fair gegenüber Schutzsuchenden ist, konsequent gegenüber denjenigen, die keinen Anspruch auf Schutz haben, und rigoros gegenüber kriminellen Netzen, die Schutzbedürftige ausbeuten. Ob er perfekt ist? Natürlich nicht.

Aber wir sind einer Lösung näher als je zuvor, und obwohl unsere Amtszeit nur noch ein halbes Jahr dauert, könnten wir noch vor Ende der Wahlperiode eine Einigung über das Asyl- und Migrationspaket erzielen.

Kompromisse sind es, die uns voranbringen. Kompromiss ist kein Schimpfwort.

Das Engagement des Europäischen Parlaments, dieses Paket fertigzustellen, bleibt unerschütterlich. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Debatte eine weitere Wahlkampagne zum Europäischen Parlament beherrscht und polarisiert, ohne dass wir die legislativen Instrumente vorstellen, mit denen das Problem angegangen werden kann.

Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg. Wir haben dies bei der Pandemie gesehen und als wir uns gegen den rechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine gestellt haben. Auf gleiche Weise gehen wir unsere Klimaherausforderungen an, lösen uns von russischer Energie, setzen globale Standards im digitalen Sektor und schaffen die Grundlagen für die kommenden Jahre.

In den letzten Jahren haben wir Dinge geschafft, die viele für unmöglich hielten. Das kann uns noch einmal gelingen.

Wir sind auf eine Weise zusammengewachsen, durch die unsere Union stärker, autonomer und wirkungsvoller geworden ist als je zuvor.

Die Welt verändert sich, und wir müssen uns anpassen und uns mit ihr ändern. Wir müssen uns weiterhin darum bemühen, unser Europa zu einem Ort der Chancengleichheit, der Sicherheit, des Wohlstands, der Würde und der Arbeitsplätze zu machen, an dem jeder sein Potenzial voll ausschöpfen kann und gleiche Ausgangsbedingungen herrschen.

Das bedeutet, dass wir Wege in die Zukunft finden müssen, die auf eine neue Generation und auf neue Mitgliedstaaten mit ihren Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt sind.

Erweiterung ist das stärkste geopolitische Instrument der Union. Insbesondere in diesem neuen geostrategischen Umfeld dient eine erweiterte EU, die auf klaren Zielen, Kriterien und Leistungen beruht, als Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent. Es handelt sich um einen Prozess, dessen Ergebnis allen Beteiligten zugutekommt.

Darum hat das Europäische Parlament gefordert, dass die Ukraine und die Republik Moldau den Status von EU-Bewerberländern erhalten. Dieser Status verleiht diesen Nationen eine klare europäische Perspektive und ist ein starker Anreiz für demokratische Reformen. Ein kurzer Rückblick auf die letzten 20 Jahre kann die transformative Kraft der Erweiterung verdeutlichen. Deshalb wollen wir bis Ende des Jahres den nächsten Schritt gehen, sofern diese Länder bereit sind.

Wir müssen unseren Worten jetzt Taten folgen lassen. Wir müssen ihre Ambitionen mit unserer Fähigkeit und Bereitschaft zum Wandel in Einklang bringen. Wir müssen eine echte Diskussion über die Aufnahmekapazität der EU und interne Reformen einleiten. Das ist längst überfällig. Diese Staaten werden bereit sein, beizutreten, und auch wir müssen bereit sein. Wir dürfen das nicht auf die lange Bank schieben.

Darum ist es wichtig, dass wir alle diese Diskussion in der kommenden Mandatsperiode ganz oben auf unseren Tagesordnungen belassen.

Es wird dann Sache jedes Bewerberlandes sein, weiterhin intensiv daran zu arbeiten, die Beitrittskriterien zu erfüllen. Und es müssen echte Anstrengungen unternommen werden, um alle noch offenen bilateralen Streitigkeiten beizulegen.

Natürlich muss jedes Bewerberland seinen eigenen Weg finden. Wir dürfen keine Abstriche bei den Anforderungen machen, aber meine Forderung heute ist, dass wir bereit sein müssen. Wenn wir unsere Partner hinhalten, sollten wir nicht überrascht sein, wenn das Vakuum, das wir hinterlassen, von jemand anderem gefüllt wird.

Erweiterungen führen ebenso wie ein den Herausforderungen gewachsener Haushalt zu mehr strategischer Autonomie.

Was den Vorschlag für eine Revision unseres Haushaltsplans angeht: Die Mittel sind endlich. Die Pandemie, die Invasion der Ukraine, Naturkatastrophen und die Krise im Zusammenhang mit den Lebenshaltungskosten fordern ihren Preis. Steigende Zinssätze verteuern die Mittelbeschaffung im Rahmen von NextGenerationEU. Dies alles zusammen hat zur Folge, dass der EU-Haushalt an seine Grenzen stößt.

Und wir haben die Pflicht, darauf zu reagieren.

Die Welt hat sich in den letzten Jahren bis zur Unkenntlichkeit gewandelt, und das gilt auch für unsere Prioritäten.

Ich denke, wir sind uns alle darin einig, dass wir mehr Ressourcen benötigen, um die Migration zu bewältigen und die Ukraine auf einem langfristigen und nachhaltigen Weg weiter zu unterstützen.

Wir sind uns auch einig, dass Mitgliedstaaten, die von Naturkatastrophen betroffen sind, rasch und wirksam unterstützt werden müssen. Wenn ihre Erwartungen an Europa am größten sind, müssen wir bereit sein.

Und wir müssen Nägel mit Köpfen machen, wenn es um unsere Wettbewerbsfähigkeit geht – so schaffen wir echtes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das wir brauchen, um unseren Ambitionen gerecht zu werden.

Wir haben bereits vorhandene Mittel flexibel umgeschichtet. Aber für die Zukunft müssen wir deutlich klarstellen, was das bedeutet. Die Menschen würden nicht so einfach hinnehmen, dass aufgrund der steigenden Kosten für die Mittelaufnahme Gelder für Programme wie Erasmus und Horizont, die uns wettbewerbsfähig machen und von denen unsere Bürgerinnen und Bürger direkt profitieren, gekürzt oder solche Programme gar gestrichen werden.

In dieser Woche haben wir den 33. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands und damit Europas gefeiert. Die Wiedervereinigung wurde 1990 als „nichts weniger als ein Wunder“ beschrieben. Für mich war sie kein Wunder, sondern sie hat vielmehr die Macht von Politik und Diplomatie gezeigt, Lösungen zu finden. Europa muss den politischen Willen aufbringen, scheinbar Unmögliches zu schaffen und Differenzen zu überwinden, Wege zu finden, die das Leben verändern, die generationenübergreifenden geopolitischen Probleme zu lösen und den Verlauf der Geschichte zu verändern.

Ob es um Migration, um unseren MFR oder um Erweiterung geht – wir brauchen wieder mehr von diesem politischen Willen.

Das Europäische Parlament ist bereit. Bereit, die Standpunkte unserer Bürgerinnen und Bürger zu hören und ihnen Antworten zu geben. Bereit, seinen Beitrag zu leisten, um die Bürgerinnen und Bürger der EU ins Boot zu holen. Denn nur so können wir sicher sein, dass unsere Reformen letztlich erfolgreich sind.